

## Votum Gemeinderatssitzung vom 4. November 2019

Verfasserin	Angelika Murer Mikolasek, Gemeinderätin GEU/glp
Publiziert	4. November 2019
<b>Betrifft</b>	<b>Votum dringliche Interpellation "Aufrüstung der Mobilfunkantennen auf 5G in Dübendorf"</b>

### Geschätzte Anwesende

Innovation und technologischer Fortschritt machen auch vor der Mobilfunktechnik nicht halt. Zum Glück! Die neuen Technologien bieten uns viele Chancen, so auch der neue Mobilfunkstandard 5G. Gerade auch im Zusammenhang mit der Energiewende und dem Klimaschutz können in Zukunft die neuen Technologien massgeblich sein, da sie beispielsweise smarte Energielösungen oder selbstfahrende Fahrzeuge ermöglichen. Der neue Standard 5G wird in der Schweiz, auch in Dübendorf, vorangetrieben. Die Mobilfunkbetreiber sind bestrebt, das Netz so rasch als möglich aufzurüsten. Auch der Bundesrat will gemäss Angaben auf der Website des Bundesamts für Umwelt BAFU die Digitalisierung der Gesellschaft und Wirtschaft vorantreiben und erachtet dafür leistungsfähige Mobilfunknetze nach dem 5G-Standard als unverzichtbar.

Aber ist die Strahlung des 5G-Standards für Mensch und Umwelt unbedenklich, wie von der Mobilfunkindustrie proklamiert, oder doch vielmehr sehr schädlich, wie von gewissen Kreisen befürchtet? Wissenschaftlich gibt es für beide Theorien keinen Beweis. Die Frage lässt sich wohl innert nützlicher Frist auch nicht abschliessend klären. Dazu müsste man eine Vergleichsgruppe von Menschen haben, welche ein ähnliches Leben führt wie wir, aber ohne Mobilfunkstrahlung. Eine solche Gruppe gibt es nicht. Man kann also sagen, die neue Technologie bietet viele Chancen, aber auch einige bis jetzt nicht abschliessend ausgeräumte Risiken. Wenn man nicht sicher weiss, ob etwas schädlich ist oder nicht, dann sollte man damit vorsichtig umgehen. Die Mobilfunkstrahlung betrifft nämlich die gesamte Bevölkerung. Es ist für das Individuum fast unmöglich, sich dem zu entziehen.

Eine politische Debatte über Vor- und Nachteile wurde aber noch nicht geführt. Auch wurde nicht über Alternativen, wie beispielsweise Kleinstantennen, welche im Ergebnis zu weniger Strahlung, führen, diskutiert. Noch unter alt Bundesrätin Doris Leuthard wurde zwar vor gut einem Jahr die Arbeitsgruppe Mobilfunk und Strahlung eingesetzt mit dem Auftrag, Bedürfnisse und Risiken beim Aufbau von 5G Netzen zu analysieren und Empfehlungen auszuarbeiten. Der Bericht liegt aber noch nicht vor.

Trotzdem gibt es schon verschiedene 5G-Antennen und weitere sind in Planung. Die Bevölkerung erfährt davon wenig – entsprechende Baugesuche sind zwar publiziert, aus der Publikation ist aber nicht ersichtlich, ob es sich bei den geplanten Baugesuchen um 5G-Antennen handelt oder nicht. Nur wer Einsicht in das Baugesuch genommen hat und weiss, auf welche technischen Kennzahlen geachtet werden muss, kann entsprechende Schlüsse ziehen.

Wir sind der Meinung, dass die Bevölkerung hier ein Anrecht hat, besser informiert zu werden. Darum haben wir die vorliegende Interpellation gemacht. Das Thema ist nicht so einfach und schürt Ängste, und es ist uns ein Anliegen, dass eine Diskussion geführt und die Bevölkerung informiert und begleitet wird, und dass der Stadtrat davon Kenntnis hat und entsprechend reagieren kann. Nur so können damit verbundene Ängste auch ausgeräumt werden. Es ist wichtig, dass die Bevölkerung darauf vertrauen kann, sie durch die Behörden vor übermässiger Strahlung geschützt wird, sei es durch entsprechende Grenzwerte, Kontrollen der Sendeanlagen oder aber auch durch eine Regulierung beim Ausbau des Netzes.

Ich möchte mich beim Stadtrat für die ausführliche Antwort bedanken. Auch diese zeigt, dass alles nicht so einfach ist, verschiedenste Gesetze zu beachten und verschiedenste Stellen involviert sind. Es ist zwar etwas ernüchternd,

wie wenig auf lokaler Ebene getan werden kann, aber ich kann das nachvollziehen. So sind die Kompetenzen nun mal geregelt. Der Stadtrat kann sich nicht einfach über die übergeordneten gesetzlichen Vorgaben hinwegsetzen und er muss sich auch auf Fachleute bzw. entsprechende Fachstellen verlassen. Umso mehr ist es wichtig, dass der Stadtrat den geringen Spielraum, den er hat, voll ausnutzt. Ich bin darum froh, dass der Stadtrat sich bewusst ist, dass es in Dübendorf besorgte Einwohnerinnen und Einwohner gibt und dass er zum Ausdruck bringt, er werde sich im Rahmen des Dialogmodells für Mobilfunkantennen-Standorte einsetzen, die nicht in unmittelbarer Nähe von Schulen und weiterer Orte mit empfindlicher Nutzung liegen. Ich hoffe, dass dies nicht nur leere Worte sind, sondern der Stadtrat dies auch wirklich in die Tat umsetzt. Denn die Empfehlung des Stadtrats, die Bevölkerung könne sich durch das Einreichen von Rekursen wehren und so entsprechend Druck ausüben, ist zwar zutreffend, stellt aber für die einzelnen einen mühseligen Weg mit Kostenrisiko dar. Allenfalls betroffen von den Auswirkungen einer Antenne ist aber nie nur ein einzelner, sondern ein ganzes Quartier, und so kann es nicht sein, dass ein einzelner den Aufwand und das Risiko tragen muss, um den Schutz der Bevölkerung sicherzustellen. Dies wäre schon Aufgabe der Behörden. Ich möchte darum den Stadtrat bitten, die Bevölkerung in diesem Prozess zu unterstützen, wo immer es möglich ist.